

**Geschäftsführung
Gesundheits-, Alters- und
Pflegekonferenz**

Es informiert Sie	Sylvia Habiger
Telefon	+49 202 563 2336
Fax	+49 202 563 8531
E-Mail	Sylvia.Habiger@stadt.wuppertal.de
Datum	23.01.2020

Niederschrift

**über die öffentliche Sitzung der Gesundheits-, Alters- und Pflegekonferenz (SI/0853/20) am
22.01.2020**

Anwesend sind:

von der SPD-Fraktion

Herr Thomas Kring ,

von der CDU-Fraktion

Herr Erhard Werner Buntrock ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Regina Orth ,

von der Fraktion DIE LINKE

Frau Georgia Manfredi ,

von der FDP-Fraktion

Frau Birgit Steenken ,

benanntes Mitglied

Herr Uwe Benn , Herr Horst Bürgener , Herr Detlef Burmeister , Frau Claudia Busse , Herr Dr. Heinz de Moll , Frau Birgit Görden , Herr Rainer Keßler , Herr Thomas Kirst , Herr Dieter Klempert , Herr Bernd Langensiepen , Frau Christel Longrée , Herr Dr. Christoph Sandweg , Herr Alexander Scheyer , Herr Jochen Schmidt , Frau Cornelia-Maria Schott , Frau Kerstin Weber , Frau Yasemin Weyland ,

von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kühn , Frau Marianne Krautmacher , Frau Heike Löber

Schriftführerin:
Sylvia Habiger

Beginn: 14:04 Uhr
Ende: 15:37 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung

Herr. Dr. Kühn begrüßt die Anwesenden.

2 Verabschiedung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ungeändert verabschiedet.

3 Genehmigung des Protokolls vom 20.11.2019

Das Protokoll vom 20.11.2019 wird ungeändert genehmigt.

4 Hausärztliche Versorgung in Wuppertal, mündlicher Bericht - Miguel Tamayo, Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein

Herr Tamayo von der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein berichtet zur hausärztlichen Versorgung in Wuppertal. Die verwendete PowerPoint-Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Herr Benn möchte eine generelle Einschätzung zu Psychotherapeuten und der psychiatrischen Versorgung haben, da man seiner Ansicht nach 6-12 Monate auf einen Therapieplatz warten müsse. Herr Tamayo erläutert, dass sich durch Veränderung der Richtlinien in diesem Bereich die Wartezeiten verkürzt haben, und es auch bessere Gruppenangebote gibt. Im Rahmen eines Modellprojekts soll eine Verbesserung der Versorgung erzielt werden (Aufnahme ins SGB V). Bei ausscheidenden Psychotherapeuten gibt es immer ein Mehr an Bewerbungen für die Nachbesetzung, so dass diese kein Problem darstellt. Frau Weyland macht das Alter der Hausärzte Sorgen. Zudem bekommt sie als Pflegeberaterin mit, dass man 2-3 Monate bei Hausärzten auf Termine (nicht zur Vorsorge) warten muss. Sie möchte wissen, wer die Wuppertaler Ärzte ablöst. Herr Tamayo berichtet, dass der Generationswechsel auch Änderungen in der Arbeitseinstellung bringt. Junge Ärzte sind im Rahmen der „Work-Life-Balance“ oft nicht mehr bereit eine 60-Stunden-Woche zu machen. Da die Fallzahlen nicht geringer werden, wird der Zeitrahmen für die individuellen Patientengespräche enger. Er verweist auf die Terminservicestelle der „116 117“, die für einen garantierten Termin innerhalb der nächsten vier Wochen sorgt. Er sagt, dass dort bisher alle Anrufe vermittelt werden konnten, und kein Patient an ein Krankenhaus überwiesen werden musste. Herr Dr. de Moll meint, die Quote von

15 % Ärzten in einem Angestelltenverhältnis Sorge für einen Rückgang der Versorgung, da insbesondere auch Ärztinnen im Rahmen der Kinderversorgung keine Zeit mehr hätten, um nach der Sprechstunde noch in Pflegeheime zu gehen. Herr Tamayo erläutert, dass Anreize geschaffen würden, die den Arztbesuch im Pflegeheim lohnen sollen. Frau Orth ergänzt in Bezug auf die „116 117“, dass auch die Krankenkassen zeitnah Termine für Patienten vermitteln würden. Herr Benn führt an, dass bei Augenarzt und Neurologe es nicht gelungen sei naheliegende Termine zu erhalten, auch Hinweise auf Privatversicherte/Beihilfe brachte keine Besserung. Herrn Tamayo sind die Probleme bei der Terminvergabe dieser speziellen Fachgruppen bekannt. Herr Scheyer ergänzt, dass gleiche Probleme auch im Bereich der ambulanten Pflege bekannt seien. Ältere bzw. hochaltrige Personen müssen jedoch auch direkt in Wuppertal einen Termin bekommen. Die Zahlen überraschen ihn, da die gefühlte Realität etwas anderes aussagt. Frau Weyland wendet ein, dass in der Realität die Terminvergabe über die Krankenkassen oder ähnliche Kanäle anders laufe, als zuvor erläutert. Herr Tamayo erklärt, dass der Hausarzt bei Ausweisung der Notwendigkeit für einen Facharztbesuch auch eine schnellere Terminvergabe beeinflussen kann. Man müsse aber künftig auch über die eigene Stadtgrenze hinaus auf Arztsuche gehen. Man könne auf kommunaler Ebene die Terminvergabe auch unterstützen und auf bestehende Kampagnen („116 117“) aufmerksam machen. Herr Schmidt hat die Erfahrung gemacht, dass aufgekaufte Praxen zu Praxen mit mehreren Ärzten führen-und in Pflegeheime immer wieder andere Ärzte zum gleichen Patienten geschickt werden. Da unterschiedliche Ärzte oftmals verschiedene Therapieformen haben, würde dann auch unterschiedlich behandelt und eine Therapie immer wieder von vorne begonnen, was nicht nur volkswirtschaftlich schädigend ist. Herr Tamayo sagt aus, dass auch die Versorgung von Pflegeheimen bereits als Problem erkannt wurde, und man versucht geeignete Maßnahmen zu entwickeln. Herr Dr. de Moll führt abschließend an, dass Patienten in einer Praxis 6 Monate auf einen Termin warten müssten, während es gleichzeitig Praxen gibt, die viele freie Kapazitäten haben. Praxen, die freie Kapazitäten haben, stünden auch gerne für den Terminservice zur Verfügung, oft möchten Patienten aber dort nicht hin. Auch das unterschiedliche Engagement sieht er hier als Problem an.

Abschließend bittet Herr Tamayo um Unterstützung bei der Verbreitung und Erklärung der Kampagne „116 117“. Dazu stellt die KVNO auch gerne Informationsmaterial oder weitere Unterstützung zur Verfügung. Frau Krautmacher sagt in Abstimmung mit Herrn Dr. Kühn die Unterstützung der Kampagne „116 117“ in der Pressearbeit durch die Stadt Wuppertal zu. Sie bittet Herrn Tamayo um Einbringen der geschilderten Wuppertaler Erfahrungen in die Diskussionsprozesse auf Ebene der KV Nordrhein.

5 Medikationsplan in der Praxis - Erfahrungen mit der Umsetzung des Rechtsanspruchs, mündlicher Bericht - Miguel Tamayo, Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein

Herr Tamayo von der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein berichtet zum Medikationsplan nach § 31a SGB V. Die verwendete PowerPoint-Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt. Am Ende der Präsentation ergänzt Herr Tamayo, dass ihm zur Umsetzung keine Beschwerden bekannt sind.

Herr Dr. de Moll erläutert, dass er als Gynäkologe seine Patientinnen zum Thema befragt hat. Fast alle haben einen Medikationsplan, haben diesen aber beim Praxisbesuch nie dabei. Er rät den Patientinnen dazu den Plan mit dem Smartphone abzufotografieren, da man ihn so immer dabei hat. Er sieht Probleme im Bereich der Kosten und der Verblisterung. Bei Pflegeheimen kommt

dazu, dass nicht alle digital arbeiten, und Handeinträge oftmals für Undurchsichtigkeit auf den Medikationsplänen sorgen würden. Herr Scheyer erwartet Verbindlichkeit durch die Medikationspläne, er wundert sich über die fehlende Gewähr. Herr Tamayo erklärt dazu, dass die Ärzte nicht dafür garantieren können, dass die Patient*innen nur das einnehmen, was auch im Plan steht. Daher gibt es keine absolute Transparenz. Es gibt eine Brown-Bag-Studie, bei der die Patient*innen alle Medikamente aus der Hausapotheke in einer Tüte zum Arzt mitnehmen, und dort in den Medikationsplan eintragen lassen. Dieses Procedere helfe bei der Vermeidung von Nebenwirkungen. Herr Keßler widerspricht Herrn Dr. de Moll beim Thema Medikamentenverwaltung in Pflegeheimen. Seine Einrichtung ist digitalisiert, die Ärzte wollen dort aber nichts eintragen, so dass die Heime gefordert sind die Eintragungen in die Medikationspläne vorzunehmen. Er sieht die Medikamentenversorgung im ambulanten Pflegebereich als weitaus komplizierter an. Herr Dr. de Moll erklärt, dass er von Kolleg*innen die Information erhalten habe, dass wenige Heime noch nicht digitalisiert seien. Er hält aber große Stücke auf die Heimversorgung. Frau Schott pflichtet Herrn Keßler bei, durch die Digitalisierung hat sie mit dem Verblistern gute Erfahrungen (umgehende Umsetzung neuer Medikation/auch nachts) gemacht, auch über den durchgeführten Modellversuch hinaus. Herrn Dr. de Moll umtreibt auch die Sicherheit des Medikationsplans, da ein Arzt bei der Verordnung eines neuen Medikaments in der Verantwortung ist. Auch ein vertretender Arzt wäre haftbar. Daher würde es bei einer rechtlichen Verbindlichkeit des Medikationsplans Probleme geben. Herr Dr. Sandweg wendet ein, dass es durch die Digitalisierung auch ein ständiges Sicherheitsrisiko gibt, da die Ärzte zur Digitalisierung gezwungen werden (bei Nichtbefolgen kommt es zu Honorarkürzungen). Sicherheitslücken gibt es etwa durch eine permanente Netzwerkverbindung oder nicht kopiergeschützte Speicherkarten. Zudem haben die Ärzte hohe Kosten für die Digitalisierung, die sie höchstens teilweise erstattet bekommen. Er sagt, dass in seinem Fall immer erst der Internist eines Patienten kontaktiert würde, um Probleme zu vermeiden.

6 Masernschutzgesetz - Matthias Buntrock-Schweer, Gesundheitsamt

Herr Buntrock-Schweer vom Gesundheitsamt Wuppertal gibt einen Sachstandsbericht zum Masernschutzgesetz. Die verwendete PowerPoint-Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Im Nachgang zum Vortrag weist Herr Dr. de Moll auf eine derzeit in Afrika aktuelle Masern-Epidemie mit rund 3.000 Toten hin, sowie beispielhaft auf eine Epidemie am Prenzlauer Berg, die entstehen konnte, da Impfen dort als schädlich galt. Herr Benn regt an, dass man ggf. im Hinblick auf die Migration besondere Vorsorge-/Informationsmaßnahmen treffen sollte.

7 Besondere Begleitbedarfe von Menschen mit Demenz im Krankenhaus - Update 2019 der Wuppertaler Krankenhäuser der Regelversorgung (VO/1233/19)

Frau Löber erläutert kurz den Werdegang der Thematik. Die Krankenhäuser sollten im Herbst 2019 ein Update zum Thema „besondere Begleitbedarfe von Menschen mit Demenz im Krankenhaus“ liefern, die Ergebnisse finden sich in der Vorlage wieder. Es sind weitere regelmäßige Updates geplant.

Beschluss der Gesundheits-, Alters- und Pflegekonferenz vom 22.01.2020:

Entgegennahme ohne Beschluss

8 Bericht aus dem Trägerrat

Herr Keßler berichtet über die Sitzung des Trägerrats vom 22.01.2020:

- Die Pflegeberatung ist seit dem 01.01.2020 der Abteilung „Soziale Dienste“ im Sozialamt (Herr Fröhlich) zugeordnet. Mit einer neuen Vollzeitstelle sowie der Aufstockung einer Teilzeitstelle gibt es seit April 2019 erweiterte Beratungsmöglichkeiten. Rund 70 % der Beratungssuchenden sind Frauen. Etwa 42 % der Ratsuchenden haben (noch) keinen Pflegegrad. Es gibt viele Anfragen zur Verhinderungspflege.
- Das Beratungsnetzwerk Pflege ist durch die veränderten Beratungsangebote und die Digitalisierung mittlerweile überholt. Eine für 2019 anberaumte Mitgliederversammlung fand nur geringes Interesse bei den Mitgliedern. Das Netzwerk soll bei einer Mitgliederversammlung 2020 aufgelöst werden.
- Herr Fröhlich übernimmt nach dem Ausscheiden von Frau Krautmacher die Geschäftsführung des Trägerrats zum 3. Quartal 2020.

9 Bericht zum Runden Tisch Demenz und Depression - Heike Löber, Sozialamt

Frau Löber berichtet zum „Runden Tisch Demenz und Depression“, der am 03.12.2019 gegründet wurde. Insgesamt waren 50 Personen von 35 eingeladenen Trägern dabei. Er beschäftigt sich mit den Erkrankungen Demenz und Depression. Die zur Gründung ausgefertigte Vereinbarung zu Aufgaben und Arbeitsweisen wurde angenommen. Als Sprecher wurden Herr Schmidt und Herr Polack gewählt, diese bilden gemeinsam mit Frau Löber ein Sprechergremium. Der Runde Tisch wird dreimal jährlich tagen, die Termine für 2020 wurden mit dem Protokoll der Gründungssitzung verschickt. Die nächste Sitzung soll sich mit den noch offenen Themen des „Runden Tisch Demenz“ aus dem Jahr 2018 befassen.

10 Verschiedenes

Frau Habiger bewirbt den neuen Wuppertaler Senioren-Wegweiser. Die ausgelegten Exemplare können gerne mitgenommen werden. Bei Interesse an weiteren Exemplaren kann man Frau Habiger gerne per E-Mail um Zusendung (einer gewünschten Anzahl) bitten.

Frau Krautmacher weist auf den „Heimfinder NRW“ hin, der am 21.01.2020 an den Start gegangen ist. Sie erläutert, dass die WVG-Behörde auch die dortigen Angaben künftig zu überprüfen hat.